

Analyse

Gottfried Locher Der Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes schärft sein Profil. *Von Michael Meier*

Ein politisch nicht ganz korrekter Oberhirte

Wahrscheinlich kommt Gottfried Locher der Wirbel der letzten Tage um seine Person nicht ganz ungelegen. Er hat das Buch «Gottfried Locher» in die Medien gebracht, und dies rechtzeitig zur Vernissage heute Abend in Bern.

Gewagte Aussagen des Reformierten geben zu reden. Man müsse Prostituierten für ihre Dienste dankbar sein; schliesslich seien befriedigte Männer friedliche Männer, findet Locher. Das hat dem 48-jährigen Familienvater prompt den Vorwurf des Sexismus eingetragen.

Kirchenintern dürfte das Buch vermutlich eher mit seinem Untertitel provozieren: «Der reformierte Bischof auf dem Prüfstand». Autor Josef Hochstrasser, der zum reformierten Pfarrer konvertierte katholische Priester, versichert zwar, die Idee stamme von ihm. Wer Locher kennt, weiss, dass das Gegenteil zutrifft: Die



Idee eines reformierten Bischofs ist für ihn ein Leitmotiv und auch in so manchen Titeln von Medienberichten über ihn zu finden. Für den Mann mit dem aus der Mode gekommenen Vornamen stehen reformierte Spitzenfunktionäre im Schatten der katholischen Bischöfe.

Dabei bringt Locher, Spross aus angesehener reformierter Familie, gutaussehend und gescheit, alle Voraussetzungen für eine glanzvolle Karriere mit sich. Und seine Planung ist durchaus aufgegangen: 1999 zum Ökumene-Beauftragten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes avanciert, wurde er Jahre später dessen Aussenminister und 2010 Ratspräsident.

Dennoch fehlt dem Spitzenamt im Dachverband der Reformierten der sakramentale und strahlende Nimbus, den das Bischofsamt innehat. Mit ein

Grund dafür, warum die Reformierten ein Profilproblem haben und nur über wenige markante Köpfe verfügen. Um dem Manko abzuwehren, lancierte Locher bereits 2004 die Idee eines reformierten Bischofs. Damit könne man der «Sehnsucht nach Menschen mit aussergewöhnlicher Ausstrahlung strukturell entsprechen».

Locher erntete viel Kritik. Er wolle Hierarchien wieder aufbauen, die die Reformation abgeschafft habe. Das Bischofsamt sei nicht positiv besetzt, hiess es. Der Berner beteuerte, es gehe ihm nur um Profil und Sichtbarkeit der reformierten Kirche. Er habe nicht das machtbesetzte römische Bischofsamt, dessen Selbsterhöhung und Männerdominanz vor Augen. Was ihm, der sich gern mit dem früheren Einsiedler Abt Martin Werlen, mit Kardinal Kurt Koch oder gar Papst Benedikt zeigt(e), nicht alle abnehmen.

Mit der 2011 eingeleiteten Verfassungsrevision des Kirchenbundes lancierte Locher die Idee von Neuem. Um Identität und Profil der reformierten Kirche zu stärken, brauche es einen starken Präsidenten des Kirchenbundes. Doch vielen Kantonalkirchen missfällt die Personalisierung der Macht im Amt des Präsidenten: Eine quasibischöfliche Leitungsstruktur widerspreche reformierter Tradition.

Die Bischofsidee haftet so sehr an Locher, dass seine anderen Initiativen wie der Schweizer Predigtpreis, die nationale Synode oder reformierte Bekenntnistexte ebenso vergessen gehen wie seine dezidierte Kritik am Islamismus. Auch seine jüngsten Äusserungen zur Prostitution tragen dazu bei, sein Profil eines unangepassten und nicht ganz politisch korrekten reformierten Oberhirten zu schärfen.

Kolumne Rudolf Strahm

Kurpfuscher bei Geld und Gold

Im Sommer 2011 herrschte Brandgeruch in der schweizerischen Wirtschaftspolitik. Die Panik kam von der Währungskrise. Firmenchefs wurden in aller Stille aus den Ferien zurückberufen. Mit Hektik wurden Pläne geschmiedet, wie man die Produktion schnellstens ins Ausland verlegen könnte, um der Frankenaufwertung auszuweichen.

Die Eurokrise war damals auf ihrem gefährlichen Höhepunkt angelangt, die Verunsicherung der Finanzmärkte war enorm, die Spekulationskräfte gegen den Euro und die spekulativen Frankenkäufe nahmen gigantische Ausmasse an. Der Devisenkurs der Euro-Währung, der 2009 noch 1.50 Franken pro Euro betragen hatte, war immer stärker abgerutscht. Im Sommer 2011 näherte er sich einem Franken und stand schliesslich auf 1.01 Franken pro Euro. Für die Schweizer Exportindustrie bedeutete dies einen dramatischen Ertragsausfall. Mit diesem Wechselkurs erschien vielen eine weitere Produktion in der Schweiz unmöglich.

Geheimtreffen in Bern

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann berief Anfang August 2011 auf Begehren von Philipp Hildebrand, dem damaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank (SNB), rund ein Dutzend meinungsführender Konzernchefs zu einem Geheimtreffen in sein Büro. An dieser Krisensitzung wurde der SNB-Führung Rücken-deckung zugesichert.

Einen Monat später, am 6. September 2011, überraschte die SNB die Welt mit der Ankündigung, sie werde ab sofort «keinen Euro-Franken-Kurs unter 1.20 tolerieren». Sie werde «diesen Mindestkurs mit aller Konsequenz durchsetzen», und sie sei «bereit, unbeschränkt Devisen zu kaufen».

Was heisst es, den Mindestkurs durchzusetzen? Die SNB muss bereit sein, so lange Euro oder andere ausländische Währungen aufzukaufen, bis die Spekulanten, die auf eine Frankenaufwertung spekulieren, kalte Füsse bekommen. Das erfordert die Bereitschaft, theoretisch unbegrenzte Mengen an selbst geschaffenen Frankenbeträgen (die Nationalbank und nur sie kann diese «drucken») für Käufe ausländischer Devisen einzusetzen, bis jeder Devisenhändler und Währungsspekulant die Limite von 1.20 respektiert. Seit über drei Jahren wird diese Grenze weltweit respektiert, weil man der Nationalbank ihre Kaufkapazität zutraut.

Wäre die Goldinitiative, über die das Schweizer Volk Ende Monat abstimmen wird, rechtswirksam, wäre ein Kraftakt wie 2011 unmöglich. Denn diese Initiative verlangt, dass die SNB stets 20 Prozent ihrer Aktiven, also ihres Vermögensbestands, in Gold halten müsse. Heute hat sie 7,5 Prozent. Sie müsste also gut ein Dreifaches ihres heute bereits hohen Goldbestandes hinzukaufen.

Mit der Goldinitiative wäre eine Frankenkursbeeinflussung durch die SNB unmöglich. Im Fall einer Währungsspekulation gegen den Schweizer Franken müsste sie zuerst weltweit Gold kaufen oder Goldkäufe sichern; das wäre das beste Voraussetzung an die Spekulanten über ihre Absichten. Die Exportwirtschaft könnte sie nicht mehr mit Währungsstabilisierung schützen.

Die Initianten der hauptsächlich von Goldhändlern gesponserten Goldinitiative berufen sich auf den Goldmythos des letzten Jahrhunderts. Für sie ist die Finanzmarkt-Stabilisierung zugunsten der Exportindustrie kein Thema. Die drei Hauptinitianten, Ulrich Schlüer, Luzi Stamm und der junge Lukas Reimann, gehören gewiss nicht zur ersten und zweiten Garnitur von Wirtschaftspolitikern im Lande. Von den Wirkungen moderner Devisenspekulation, Währungsswaps und Sekundentrading dürften sie keine Ahnung haben. Im Initiativkomitee der drei Goldzwerge figuriert kein Wirtschaftspolitiker. Nicht mal einer aus ihrer eigenen Partei, der SVP.

Extreme Dogmen und Mythen

Hier drängt sich eine grundsätzliche staatspolitische Bemerkung aus Erfahrung auf. Es gibt in der ganzen Wirtschaftspolitik kein Fachgebiet, das so stark mit extremen Dogmen, Mythen und Ideologien besetzt ist wie die Geld- und Währungspolitik.

Was haben wir nicht alles an sektiererischen Ansichten erlebt, nicht nur von goldsüchtigen Zwergen, sondern auch von dogmatischen Professoren! In den 90er-Jahren verfolgte die Schweizerische Nationalbank unter ihrem völlig überforderten Präsidenten Markus Lusser und seinen Beratern eine extreme monetaristische Geldpolitik. Diese führte über Jahre zu Zinsen von 8 Prozent und mehr und zu einer dauernden Frankenaufwertung um 20 Prozent.

Die Schweiz bezahlte diese Fehlleistung der SNB, die heute allgemein als sektiererische Verirrung betrachtet wird, mit siebenjährigem Nullwachstum und 100 000 zusätz-

lichen Arbeitslosen. Erst nach dem Rücktritt Lussers und dem Eintritt Bruno Gehrigs in das SNB-Direktorium 1996 wurde das Steuer herumgerissen.

Auch heute gibt es währungspolitische Verirrungen. Die «Vollgeldinitiative», für die ein Aussenseiterkomitee derzeit Unterschriften sammelt, will den Kreditverkehr von den Banken einzig auf die Nationalbank übertragen und so angeblich die Kreditschöpfung des Bankensystems brechen. Jeder Kredit müsste von der Nationalbank verantwortet oder rückfinanziert werden.

Die Initianten übersehen bei ihrer «Inselstrategie», dass wir offene Märkte haben und zwei Drittel aller Frankenbestände im Ausland gehalten werden. Man würde einfach für neue Frankenkredite den Umweg über das Ausland in Anspruch nehmen. Das freundlichste Schicksal, das diese gut gemeinte, aber kaum verständliche Robinson-Initiative erfahren könnte, wäre, dass sie nicht zustande kommt.

Wer kontrolliert die SNB?

Die Geld- und Währungspolitik der Nationalbank ist heute der wichtigste Teil der Wirtschaftspolitik; sie ist viel einflussreicher als die Entscheide der Regierung. Die SNB hat derzeit eine glückliche Hand. Doch es stellt sich langfristig ein Problem der demokratischen Legitimation: Wer kontrolliert denn die Nationalbank?

Die Politik darf der Notenbank vor ihren Entscheiden nicht hineinreden, denn diese muss überraschend und unabhängig eingreifen können. Hingegen sollte man, wie schon beim Nationalbankgesetz gefordert worden ist, die nachträgliche Rechenschaftspflicht der SNB gegenüber dem Parlament etwas ausbauen. In den USA muss der Notenbankchef periodisch vor dem Senatsausschuss Rede und Antwort stehen und seine Politik auch mündlich begründen.

Eine solche transparente, demokratische Rechenschaftspflicht der Nationalbank würde sie vor Mythen, Ideologien und goldfixierten Kurpfuschern schützen. Es würde ihre Unabhängigkeit und Legitimation sogar stärken.



Rudolf Strahm

Der frühere Nationalrat und Preisüberwacher wechselt sich ab mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck.



«Nigga» with Attitude: Der Komiker Richard Pryor, 1968. Foto: Henry Diltz (Dukas)

Das N-Wort Rassismus ist eine Frage der Haltung, nicht des Vokabulars. *Von Jean-Martin Büttner*

Der Neger bleibt

Bevor der Entscheid angewendet werden kann, schreibt die «Washington Post» bereits über seine Nutzlosigkeit. Die amerikanische Football League will Spieler auf dem Feld bestrafen, die Afroamerikaner als «Nigger» beschimpfen. Das N-Wort, wie es in den USA umschrieben wird, stammt aus der Zeit der Sklaverei.

Spielsperren zu verhängen als Beleg dafür, dass man solche Beschimpfungen nicht toleriert - warum bringt das genauso wenig wie frühere Verbotsversuche? Es hat schon damit zu tun, dass das Wort den Alltag dominiert, wenn auch in der leicht anderen Schreibweise «Nigga». Der Begriff hat den Jugendslang dermassen infiltriert, dass er allein auf Twitter eine halbe Million Mal pro Tag geschrieben wird. Es mag paradox klingen, aber: Je pauschaler ein rassistisches Wort zur Anwendung kommt, desto mehr verliert es an negativer Strahlkraft.

Dazu muss es aber zuerst neu aufgeladen, also von den Diffamierten selber erobert und zweckentfremdet werden. Schwarze Komiker wie Richard Pryor, Eddie Murphy oder Chris Rock nutzten das N-Wort obsessiv - komisch, provokativ,

denunziatorisch. Die Hip-Hop-Gemeinschaft griff die Provokation auf und setzte den Begriff erst wie ein Statement ein, dann wie eine Drohung; heute klingt er beinahe wie eine Anrede. Der Wandel erklärt, warum das nationalsozialistische «verjudet» nie etwas anderes bedeutete als eine Diffamierung: Es blieb in den Fängen seiner Benutzer.

Allerdings bleibt die Entwicklung beim amerikanischen N-Wort ambivalent. Seine alltägliche Verwendung deutet im besten Fall darauf hin, dass sich eine neue Generation nicht an die Bürgerrechtskämpfe erinnert, an die Rassengesetze und Lynchmorde. «Nigger» meinte einen Sklaven. «Nigga» meint je nachdem eine Beschimpfung oder ein Kosewort. Nicht jeder darf es brauchen, nicht überall ist es erlaubt, der Kontext entscheidet über Absicht und Wirkung, aber kein Verbot kann das regulieren. Rassismus ist eine Haltung, kein Vokabular.

PS: Als er von seiner afrikanischen Reise zurückkehrte, gelobte Richard Pryor öffentlich, nie mehr das N-Wort zu brauchen. Stattdessen sagte er «Motherfucka».